

Informationsdienst Gentechnik

Kritische Nachrichten zur Gentechnik in der Landwirtschaft



Die AbL protestiert vor dem Bayerkonzern in Leverkusen. Foto: AbL

Monsanto-Klagen: Bayer gibt Rekordverlust bekannt

27.04.2021

Die Bayer AG verzeichnete 2020 mit 10,5 Milliarden Euro den höchsten Verlust der Firmengeschichte. Der Grund dafür sind die zu teure Übernahme von Monsanto und die hohen Kosten, um die damit übernommenen Klagen beizulegen. Doch die meisten Großaktionäre stützten Vorstandschef Werner Baumann. Zahlreiche Organisationen protestierten anlässlich der virtuellen Hauptversammlung gegen die Geschäfte des Konzerns.

Im Jahr 2020 hat die Bayer AG weltweit 41,4 Milliarden Euro umgesetzt, ein Rückgang von fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Als Konzernergebnis musste Bayer einen Verlust von 10,5 Milliarden Euro verbuchen. Wesentlich dazu beigetragen hatten die Rückstellungen für Prozessvergleiche mit 13,3 Milliarden Euro, von denen 9,6 Milliarden auf die Glyphosat-Klagen entfielen. Zudem musste der Konzern Wertminderungen im Bereich Crop Science von neun Milliarden Euro verbuchen. „In den vergangenen drei Jahren sind das tatsächliche Marktwachstum und die Geschäftsentwicklung hinter unseren Annahmen zurückgeblieben“, begründete der Vorstandsvorsitzende Werner Baumann diesen Schritt. Hätte der Verkauf der Sparte Tierarzneimittel nicht fünf Milliarden Euro eingebracht, wäre der Verlust noch dramatischer ausgefallen.

Ingo Speich vom Fondshaus Deka der Sparkassen interpretierte die Zahlen gegenüber der Wirtschaftswoche so: „Das Jahr 2020 hat eindrucksvoll gezeigt, dass der Kauf von Monsanto eine Fehlentscheidung war“. Er kündigte schon im Vorfeld der Hauptversammlung an, dem Vorstand die Entlastung zu verweigern. 2019 schloss sich die Mehrheit der Aktionäre dieser Forderung an. Heuer

stand die Deka damit vor der Versammlung bei den Großaktionären weitgehend alleine da. Lediglich die DWS, Fondsgesellschaft der Deutschen Bank, hatte angekündigt, sich zu enthalten. Der Vorstand wurde nach langer Debatte mit einer Mehrheit von 90 Prozent entlastet.

Baumann hatte schon vor der Versammlung auf das Ergebnis eingestimmt. „Wir haben Ihre Erwartungen im vergangenen Jahr nicht erfüllt“, sagte er in seiner vorab veröffentlichten Rede. Dafür trage der Vorstand die Verantwortung. Gleichzeitig gelobte der Vorstandsvorsitzende Besserung und sprach von einem „stabilen Geschäft“ jenseits der Sondereinflüsse. Zum Glyphosatvergleich sagte Baumann lediglich, Bayer habe „den weitaus überwiegenden Teil dieser Klagen verglichen“. Der neue Vorschlag für den Umgang mit zukünftigen Fällen werde am 19. Mai mit dem zuständigen US-Bundesrichter besprochen. Wie die Zeitschrift Capital berichtete, erstatte Bayer einem Kläger die Anwaltskosten, damit er weiter gegen Bayer klage – weil der Konzern in diesem Verfahren für sich eine bessere Chance auf ein positives höchstrichterliches Urteil sehe, das sich auch auf andere Fälle übertragen lässt.

In Stellungnahmen auf der Hauptversammlung, in Mitteilungen und Berichten sowie analogen und digitalen Protestaktionen kritisierten zivilgesellschaftliche Organisationen diverse Aspekte der Geschäftspolitik des Konzerns. Dessen mangelndes Engagement beim Klimaschutz kam dabei ebenso zur Sprache wie Steuervermeidungsstrategien. Die Coordination gegen Bayer-Gefahren forderte den Konzern auf, den Wirkstoff Glyphosat vom Markt zu nehmen und startete einen entsprechenden öffentlichen Aufruf. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (gfbv) schilderte in einem Report, wie sich der Export von Bayer-Pestiziden in Brasilien auf indigene Völker auswirkt. Sie seien Leidtragende der großflächigen Vergiftung mit Wirkstoffen, die in der EU teilweise verboten seien. Viele Indigene „leben in unmittelbarer Nähe zu großflächigen Anbaugebieten von pestizidintensiven Agrarprodukten. Flugzeuge, die Pestizide versprühen, tragen die Giftstoffe buchstäblich bis vor ihre Tür“, berichtete gfbv-Expertin Regina Sonk. Das entwicklungspolitische Netzwerk Inkota veröffentlichte zusammen mit Pan Germany und der Rosa-Luxemburg-Siftung einen Bericht über den Export in der EU verbotener Pestizide durch Bayer und BASF nach Brasilien, Mexiko und Südafrika. „Es ist ein Skandal, dass Pestizidwirkstoffe, die in der EU aus gutem Grund verboten sind, in Deutschland produziert und in Drittländer exportiert werden

dürfen“, sagte Wiebke Beushausen von Inkota und forderte einen sofortigen Exportstopp. [lf]

- Bayer AG: Geschäftsbericht 2020
- Bayer AG: Rede des Vorstandsvorsitzenden Werner Baumann auf der Hauptversammlung am 27.04.2021, Vorabversion.
- Wirtschaftswoche: Deka will Bayer-Vorstand nicht entlasten (23.04.2021)
- Capital: Warum Bayer gegen sich selbst klagt (26.04.2021)
- Coordination gegen Bayer-Gefahren: Aktionen und Veranstaltungen zur Hauptversammlung
- Coordination gegen Bayer-Gefahren: Glyphosat-Stopp jetzt!
- Gesellschaft für bedrohte Völker: Big in Brazil - Bayers Pestizidexporte und ihre Folgen für Indigene (April 2021)
- Gesellschaft für bedrohte Völker: Bayers Pestizid-Exporte und ihre Folgen für Indigene (23.04.21)
- Inkota Netzwerk: Doppelstandards und Ackergifte von Bayer und BASF (Pressemitteilung, 22.04.2021)
- Inkota Netzwerk: Doppelstandards und Ackergifte von Bayer und BASF (Bericht, April 2021)